Bericht und Antrag der GRPK zum Voranschlag 2010 und zum Finanzplan 2011 – 2014

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat stellte der GRPK den Entwurf zum Voranschlag 2010 (VA 2010) und zum Finanzplan 2011 – 2014 am 25.9.2009 zur Verfügung. Die GRPK hat das Geschäft an drei Sitzungen (14.10., 4. und 25.11.2009) behandelt und verabschiedet. Der Voranschlag wurde nach der Eintretensdebatte vom 14. Oktober in den Subkommissionen besprochen. Es wurde mit verschiedenen Vertretern der Verwaltung und des Gemeinderats Rücksprache genommen. Die GRPK dankt allen beteiligten Personen für die sachkompetenten und zeitgerecht gelieferten Erklärungen.

2. Allgemeine Bemerkungen und Finanzplan

Der VA 2010 wird vom Gemeinderat in formal unveränderter Form vorgelegt. Wesentliche Auswirkungen auf den VA zeitigen jedoch das schwierige wirtschaftliche Umfeld sowie das Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes.

Bedingt durch die konjunkturelle Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich teilweise starke Verschlechterungen gegenüber der im Rahmen des Voranschlags 2009 abgegebenen Prognosen ergeben. So mussten insbesondere die erwarteten Steuereinnahmen nach unten korrigiert werden. Die im Voranschlag 2010 berücksichtigte Reduktion richtet sich u.a. an die vom Kanton abgegebenen Empfehlungen und beträgt CHF 1,58 Mio. Dies entspricht rund 1.5 Steuerprozenten.

Die vom Gemeinderat erlassenen Budgetrichtlinien sahen für den VA 2010 eine Reduktion des Aufwandes von CHF 1 Mio. vor. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Es liessen sich Einsparungen von rund CHF 250'000 realisieren. Der Gemeinderat beabsichtigt deshalb, im Rahmen einer umfassenden Aufgabenüberprüfung vertieft nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Per Ende des ersten Quartals 2010 wird er den Einwohnerrat über die Resultate orientieren. Die GRPK begrüsst das vorgeschlagene Vorgehen des Gemeinderats.

Für das Projekt Schlossacker kommt neu § 41 Abs. 3 ff. der Gemeindeordnung zur Anwendung. Die Amortisationsdauer beträgt 16 anstelle der üblichen 8 Jahre. In den vorgelegten Finanzplanzahlen ist dies jedoch noch nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat möchte am bisherigen Grundsatz, die Abschreibungen möglichst schnell vorzunehmen, festhalten. Der Gemeinderat hat der GRPK anhand des konkreten Projekts die möglichen Abschreibungsmethoden und deren Auswirkungen auf den Finanzplan sowie den Selbstfinanzierungsgrad erläutert. Er wird den Einwohnerrat gleichzeitig mit den Resultaten der umfassenden Aufgabenüberprüfung über die konkreten Finanzierungs- und Abschreibungsmodalitäten des APH Schlossacker informieren.

Die GRPK hat sich ausführlich mit dem Finanzplan auseinandergesetzt. Sie nimmt zur Kenntnis, dass sich gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Verschlechterung der Prognosen eingestellt hat. So weist der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre für das Jahr 2010 einen Wert von 101.1 % auf, für die Planjahre 2011, 2012 und 2013 liegt dieser bei 89, 78.9 resp. 77.6 %. Der Handlungsbedarf für den VA 2011 ist klar gegeben und nicht weiter aufschiebbar.

3. Voranschlag

3.1 Allgemeines (S. 1 - 34)

Eine Mehrheit der GRPK ist der Ansicht, dass der Steuerfuss für das Jahr 2010 weiterhin bei 46 % belassen werden soll und damit im Vergleich mit anderen Gemeinden attraktiv bleibt. Sie hält damit an der bisherigen Steuerfusspolitik ohne ständige Erhöhungen und Senkungen fest.
Die Senkung der Unternehmenssteuern hat auf das kommende Jahr hin zu erfolgen. Dabei handelt es sich um die Auswirkungen des kantonalen Steuerentlastungspakets. Diese Steuersätze werden von 4 auf 2 % (Ertragssteuer) resp. von 3.5 auf 1.75 ‰ gesenkt. Mit diesen Senkungen reduzieren sich die entsprechenden Steuereinnahmen im 2010 und den Folgejahren um CHF 815'000.

Bei den Vermögenserträgen (Position 42, Tabelle 5, S. 22) sind CHF 4,8 Mio. budgetiert. Diese setzen sich folgendermassen zusammen:

- CHF 2,4 Mio. Liegenschaftsverkäufe
- CHF 1,5 Mio. Miet- / Pachteinnahmen
- CHF 0,4 Mio. Baurechtszinsen
- CHF 0,2 Mio. Zinserträge
- CHF 0,3 Mio. Verzugszinsen Steuern

Von besonderem Interesse sind die Buchgewinne aus den Liegenschaftsverkäufen. Im 2009 wurden nicht alle zum Verkauf vorgesehenen Liegenschaften veräussert. Entsprechend wird ein Teil der Einnahmen im 2010 anfallen. Die GRPK begrüsst, dass der Gemeinderat den Verkauf der Liegenschaften gemäss den Grundsätzen der Strategie 2007 verfolgt.

Wesentliche Auswirkungen auf den Finanzteil der Steuerungspläne (Produktgruppen, Produkte) bringt der horizontale Finanzausgleich mit sich. Das neue Finanzausgleichsgesetz tritt am 1.1.2010 in Kraft. Im Rahmen des sog. Ressourcenausgleichs wird die Gemeinde ab diesem Datum finanzschwächere Gemeinden direkt mit Globalsubventionen unterstützen. Als Kompensation übernimmt der Kanton neu gewisse Gemeindebeiträge resp. erhöht seinen Anteil an der gemeinsamen Finanzierung. Die bis anhin im vertikalen Finanzausgleich bezahlten Beiträge konnten direkt einzelnen Produkten zugewiesen werden (z.B. Ergänzungsleistungen dem Produkt Sozialhilfe). Im neuen System sind die durch die Gemeinde zu leistenden Beiträge nicht genauer spezifiziert, entsprechend ist auch eine Zuweisung auf Produkte nicht mehr möglich. Diesem Umstand wird durch das separate Ausweisen des Finanzausgleichs ausserhalb der Globalbudgets begegnet. Gegenüber dem VA 2009 wird sich für Binningen keine finanzielle Mehrbelastung ergeben, gegenüber dem Durchschnitt der Rechnungen 2006 bis 2008 eine solche von CHF 0,6 Mio.

Die Basellandschaftliche Pensionskasse hat per 31.12.2008 einen Deckungsgrad von lediglich 75.5 % ausgewiesen (siehe dazu auch Geschäft Nr. 40). Der auf Binningen entfallende Anteil an der Deckungslücke betrug zum damaligen Zeitpunkt CHF 15,6 Mio. Die Sanierung der Pensionskasse ist nach wie vor pendent. Gemäss Auskunft des Gemeinderats hat der Kanton noch kein Sanierungskonzept mit entsprechenden Massnahmen vorgelegt.

Der Gemeinderat rechnet – vergleicht man die Zahlen des VA 2009 mit dem VA 2010 – mit höheren Steuereinnahmen. Generell geht die Gemeinde davon aus, dass insbesondere mit Mindereinnahmen bei den Vermögens- und den Ertragssteuern zu rechnen ist. Wird jedoch die Rechnung 2008 als massgebliche Vergleichsgrösse herangezogen, werden die budgetierten Steuermindereinnahmen ersichtlich (siehe dazu auch Kap. 2).

Das Jugendhaus Binningen verfügt über ein neues Konzept, das durch den Gemeinderat genehmigt wurde. Dieses sieht eine um 20 % erhöhte Stellendotation vor, um die geplanten Angebote und Leistungen erbringen zu können. Da gemäss den Budgetrichtlinien des Gemeinderats eine Aufwandreduktion anzustreben war, wurde bei der Leitung des Jugendhauses eine Saldoverbesserung durch die Erwirtschaftung von Eigenmitteln angeregt. Sowohl der Gemeinderat wie auch die GRPK sind sich einig, dass dies nicht zu Lasten der allgemeinen Verfügbarkeit des Jugendhauses für die Jugendlichen gehen darf.

Die Anzahl asylsuchender Personen hat sich stabilisiert. Die 40 zur Verfügung stehenden Plätze der Gemeinde Binningen im Resch-Haus wurden deshalb zwischenzeitlich nicht mehr vollumfänglich genutzt. Da der Kanton für die Betreuung der Asylsuchenden Pauschalbeiträge pro Kopf ausrichtet, liegt aufgrund der Fixkosten eine Unterbelegung nicht im Interesse von Binningen. Die Gemeindebehörden haben sich gemäss Auskunft der Verwaltung für eine bessere Auslastung eingesetzt. Der Kanton rechnet damit, dass im 2010 die Anzahl asylsuchender Personen wieder ansteigen wird. Gemäss Regierungsratsbeschluss sind die Gemeinden verpflichtet, Asylsuchende aufzunehmen, bis deren Anzahl maximal 0.8 % der Gemeindebevölkerung erreicht.

Der Anstieg des Personalaufwands wird auf die Faktoren Teuerung, Stufenanstieg (gemäss Lohnklassensystem), Mengenabweichung (Veränderung der Anzahl Mitarbeitenden) und diverse Abweichungen (Veränderungen bei den Zulagen) aufgeschlüsselt. Diese detaillierte Darstellung gibt Aufschluss darüber, welche Gründe zur Veränderung des Personalaufwands geführt haben. Gemäss Aussage des Gemeinderats wird gemäss § 34 des Personalreglements den Empfehlungen des Kantons betreffend Teuerung gefolgt. Da diese zur Zeit negativ ist, wird für 2010 kein Teuerungsausgleich ausgerichtet. Dadurch resultiert eine Einsparung von 1 % des Lohnaufwands (entspricht CHF 0,25 Mio.). Diese "Einsparungen" verteilen sich auf alle Produktgruppen und lassen sich deshalb technisch nicht mehr kürzen. Es kann jedoch bereits heute festgehalten werden, dass das Personalbudget im 2010 nicht ausgeschöpft wird.

Der Gemeinderat hat verschiedene Szenarien betreffend Steuersatz geprüft. Eine Erhöhung des Steuerfusses auf 49 % ab 2010 und die Beibehaltung desselben bis 2014 würde ausreichen, um die Finanzierungslücke gemäss den aktuellen Planzahlen zu decken. Das einseitige Schliessen der Finanzierungslücke durch Steuereinnahmen steht jedoch nicht im Vordergrund. Vielmehr soll durch ein Paket an Massnahmen (Ausgaben- und Einnahmenseite) ein nachhaltiger Selbstfinanzierungsgrad von 100 % sichergestellt werden.

3.2 Produktgruppen (gemäss Beilage Leistungsaufträge, S. 1 - 148)

PG 4 (Kultur, Freizeit, Sport)

Kultur

Der Sachaufwand der Produktgruppe steigt gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % an. Diese Erhöhung ist praktisch vollumfänglich auf einen erhöhten Gebäudeunterhalt beim Kronenmattsaal zurückzuführen. Die Sanierung des Dachs ist mit rund CHF 50'000 veranschlagt.

Freizeit / Sport

Im Ferienheim Wisli in Wyssachen stehen ebenfalls Sanierungsarbeiten an. Für die Erneuerung der Duschen und Nasszellen wurden CHF 48'000 budgetiert, an eine Strassenkorrektur müssen CHF 6'500 geleistet werden. Die restlichen CHF 8'900 entfallen auf diverse Vorhaben (Malerarbeiten, Service Brandmeldeanlage usw.).

PG 5 (Bildung)

Sekundarschule

Der Kanton hat die Stellendotation für die Schulsozialarbeit aufgrund der leicht rückläufigen Schülerzahl gekürzt. Die Schulsozialarbeit ist jedoch stark ausgelastet. Ein Rückgang um wenige Schüler ändert daran kaum etwas. Die für das Schuljahr 2009/2010 wegfallenden Stellenprozente (10 %) sollen bis zum Schuljahr 2010/2011 durch die Gemeinden Binningen und Bottmingen finanziert werden. Auf 2010/2011 hin hat der Kanton eine Überprüfung der geltenden Regelung in Aussicht gestellt.

Gesundheitsförderung

Der Personalaufwand des Produkts steigt gegenüber dem Vorjahr an. Dieser Anstieg ist nicht auf eine Mengenausweitung zurückzuführen. Neu werden die Lohnkosten für das Sekretariat der Kinder- und Jugendzahnpflege (20 Stellenprozente bisher über Schulsekretariat laufend) auf den Personalaufwand der Gesundheitsförderung umgelagert. Damit wird die Kostentransparenz erhöht.

PG 8 (Verkehr, Strassen)

Gemeindestrassen

Eine Mehrheit der GRPK ist der Ansicht, dass die Sanierung des Deckbelags am Neubadrain (Kosten CHF 65'000), die Umgestaltung der Kreuzung Neubadrain / Dorenbachstrasse (CHF 50'000) sowie der Bachdurchlass Dorenbach (CHF 450'000) dem Einwohnerrat in einer Gesamtvorlage unterbreitet werden soll (siehe auch Anträge, Kap. 5).

PG 10 (Raumplanung, Umwelt)

Ortsplanung

Der Gemeinderat hat 2007 ein Revisionskonzept für die Überarbeitung der bestehenden Teilzonen- und Quartierpläne erarbeitet. Dieses sieht vor, dass in den nächsten Jahren sechs Teilzonenpläne sowie acht Quartierpläne überarbeitet werden müssen. Es erfolgt ein etappenweises Vorgehen. Da die Gemeinde für die Zonenplanung zuständig ist, muss sie die für die Überarbeitung der Teilzonenpläne anfallenden Kosten übernehmen. Bei den Quartierplänen erfolgt die Kostenverteilung gemäss den Eigentumsanteilen der Involvierten. Da alle Teilzonenplan- und Quartierplanpflichtgebiete in Binningen bereits überbaut sind, ist die Bereitschaft der Grundeigentümer gering, sich an den anfallenden Planungskosten zu beteiligen.
Für 2010 ist geplant, zwei Sondernutzungsplanungen durch einen externen Auftragnehmer bearbeiten zu lassen. Diese Kosten sind im Produktbudget enthalten.

Umwelt

Kanton und Gemeinde gehen koordiniert die Sanierung des Weiherbachs an. Für den Kanton steht eine Verbesserung der Wasserqualität, die Verbreiterung des Bachbetts sowie die Schaffung weiterer Trittsteinbiotope im Vordergrund, für die Gemeinde sind Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes zentral. Der Kostenverteiler für die im Konzept aufzuzeigenden Massnahmen wird in Verhandlungen festgelegt werden.

3.3 Leistungszentren

LZ 5: Informatik

Die geplante Einführung von Windows 7 wurde von 2010 auf 2011 verschoben. Die GRPK begrüsst dieses Vorgehen, nebst der temporären finanziellen Entlastung wird es zudem möglich sein, erste Erfahrungen mit dem neuen Betriebssystem abzuwarten.

3.4 Investitionsbudget

Direktbeschlüsse	CHF
Fahrzeugersatz Werkhof:	
– Aufsitzmäher Gärtnerei (Die GRPK beantragt Ablehnung)	95 000
– Salzstreuer zu LKW (Die GRPK beantragt Zustimmung)	45 000
Abwasserleitungsbau Hölzlistrasse (Die GRPK beantragt Zustimmung)	200 000

3.5 Stellenetat

Die GRPK hat vom Stellenetat für 2010 von 11'340 Stellenprozenten Kenntnis genommen.

4. Selbstfinanzierung

Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad über die acht Jahre von 2003 bis 2010 beträgt 101.1 % und erfüllt somit die von § 41 der Gemeindeordnung geforderte Vorgabe von 100 %.

5. Anträge

1. Die Leistungsaufträge werden genehmigt.
   Die GRPK beantragt dem Einwohnerrat was folgt (vgl. Voranschlag 2010, S. 29/34): Leistungsziele / Produktbudgets
   - PG 8, Gemeindestrassen: Die Deckbelagssanierung Neubadrain, die Umgestaltung der Kreuzung Neubadrain sowie der Bachdurchlass Dorenbach sind in eine Gesamtvorlage zu integrieren und dem Einwohnerrat vorzulegen. Die für die Deckbelagssanierung notwendigen Mittel bleiben in der laufenden Rechnung eingestellt (CHF 65'000).
   - PG 8, Gemeindestrassen: Die Ersatzbeschaffung der Radaranlage ist dem Einwohnerrat in einer separaten Vorlage zu unterbreiten

2. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
   - 46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
   - 2 % Ertragssteuersatz
   - 1.75 ‰ Kapitalsteuersatz

3. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.

4. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 36'780'337 für folgende Produktgruppen werden genehmigt:

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF 2 671 761
Steuern	348 403
Gesundheit	4 005 791
Kultur, Freizeit, Sport	3 404 425
Bildung	14 851 227
Öffentliche Sicherheit	1 010 610
Soziale Dienste	6 033 965
Verkehr, Strassen	2 667 695
Versorgung	700 016
Raumplanung, Umwelt	1 086 446

5. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 4 in Kapitel 5 (Seite 21) mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 36'797'100 werden genehmigt.

6. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2010 wird mit Aufwendungen von CHF 70'004'913, Erträgen von CHF 70'021'676 und einem Ertragsüberschuss von CHF 16'763 genehmigt.

7. Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:

Fahrzeugersatz Werkhof	CHF 45'000
Abwasserleitungsbau Hölzlistrasse	200'000

8. Das Investitionsbudget 2010 mit Ausgaben von CHF 4'220'000, Einnahmen von CHF 468'000 und Nettoinvestitionen von CHF 3'752'000 wird zur Kenntnis genommen.

9. Der Stellenetat für 2010 wird mit 11'340 Stellenprozenten genehmigt.

10. Vom Finanzplan 2011 - 2014 wird Kenntnis genommen.

Für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission
der Präsident:

sig. Fabian Dietiker

Binningen, 26. November 2009